



Medienkonferenz «Optimierung der beruflichen Integration von Personen aus dem Asylbereich»  
vom Dienstag, 5. April 2016

REFERAT VON FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG,  
SOZIALES UND SPORT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Werte Medienschaffende

Wir befinden uns hier in den Räumlichkeiten des BetriebsCenters des Kompetenzzentrums Integration, weil es bestens zum Thema der heutigen Medienkonferenz passt. Es geht um die Verbesserung der beruflichen Integration von Personen aus dem Asylbereich. Bestimmt kennen Sie das «Team Sauber», das seit 2005 tagsüber die Trams und Busse von BERNMOBIL reinigt. Das «Team Sauber» macht sich hier im BetriebsCenter für seine Einsätze bereit und kann hier die nötigen Materialien stationieren. Bei solchen und ähnlichen Arbeitsintegrationsprogramme will die Stadt Bern mehr tun. Warum?

Allein im vergangenen Jahr sind rund 40'000 Asylsuchende in die Schweiz eingereist. Viele von ihnen bleiben als Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene für längere Zeit in der Schweiz. Sie haben unklare Perspektiven und keine Arbeit. Keine Arbeit zu haben, ist frustrierend, beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und kann längerfristig gesundheitliche Probleme mit hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten verursachen. Die geringe Erwerbsbeteiligung von Personen aus dem Asylbereich führt leider auch zu Fremdenfeindlichkeit und sozialen Spannungen.

Doch auch arbeitsmarktpolitisch ist die heutige Situation unhaltbar: Einerseits besteht eine grosse Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften, welche im Ausland rekrutiert werden müssen. Andererseits gibt es eine erhebliche Zahl von Personen aus dem Asylbereich, welche arbeitslos ist. Das müssen wir ändern. Die überwiegende Mehrzahl der Asylsuchenden ist jung und ist beruflich nicht oder ungenügend qualifiziert. Wegen schulischen und sprachlichen Defiziten und vor allem wegen der fehlenden Berufsausbildung sind diese Personen noch nicht fit für den schweizerischen Arbeits-

markt. Es ist deshalb alles zu unternehmen, um Personen aus dem Asylbereich so zu fördern, dass sie rasch und nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden können, um spätere Sozialhilfeabhängigkeit zu verhindern oder zu reduzieren.

Massnahmen für die berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich fallen grundsätzlich in den Aufgabenbereich von Bund und Kanton Bern. Trotzdem ist der Gemeinderat der Meinung, dass sich die Stadt Bern in diesem Bereich engagieren soll.

Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Massnahmenpaket orientiert sich in erster Linie an den kantonalen Massnahmen. Er strebt kein umfassendes Integrationsprogramm an. Er will lediglich *punktuellen Massnahmen* realisieren, welche wichtige Angebotslücken schliessen, so etwa in den Bereichen:

- Förderung von Grundkompetenzen
- zusätzliche Arbeitsintegrationsangebote
- vermehrter Einbezug von Freiwilligen in die Integrationsarbeit
- Anerkennung von Diplomen aus dem Herkunftsland

Ursula Heitz und Felix Wolffers werden hierzu noch weitere Angaben machen.

Für die kommunalen Massnahmen sollen **insgesamt 3,8 zusätzliche Stellen** ab Mitte 2016 und **befristet bis Ende 2019** geschaffen werden. Dem Stadtrat wird für die Umsetzung der Massnahmen in den Jahren 2016 bis 2019 ein Verpflichtungskredit von total 1,9 Millionen Franken beantragt. Der Nutzen der geplanten Massnahmen lässt sich in Franken und Rappen nur schwer quantifizieren. Auszugehen ist jedoch von folgender Überlegung: Jede Person, welche nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden kann, muss langfristig durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Weil die Mehrzahl der Asylsuchenden weniger als 25 Jahre alt ist, muss mit sehr langjährigen Unterstützungszeiten gerechnet werden, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Es ist daher offensichtlich, dass sich die geplanten Aufwendungen auszahlen werden. Dabei erfasst die rein finanzielle Betrachtung nur einen Teil der Realität: Es geht auch darum, soziale Ausgrenzung, familiäre Probleme, kostenintensive Krankheitsfolgen, Druck auf die Sozialhilfe zumindest teilweise zu verhindern. Und ein letzter Punkt: Aus gesellschaftlicher Sicht ist auch der Sicherheitsfaktor wesentlich, weil mit Arbeitslosigkeit oft auch Kriminalität und Suchtprobleme einhergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.